



Entwicklungspolitische

Wahlprüfsteine

zur Thüringer Landtagswahl 2019

Wir freuen uns über Ihre Antworten bis zum 02.10.2019 per E-Mail an: t.straehnz@ewnt.org

Bei Fragen zu unseren Wahlprüfsteinen können Sie sich gerne direkt an uns wenden. Besuchen Sie unsere Kampagne zur Wahl unter www.wahlglokal-ewnt.org



Eine Welt Netzwerk Thüringen e.V.
Kochstraße 1a | 07745 Jena

Fon: +49 (0) 3641 22 49 950

E-Mail: buero@ewnt.org

Web: www.ewnt.org

1

**ENTWICKLUNGSPOLITISCHE
VERANTWORTUNG UND GESTALTUNG
EINER POLITIK
IM SINNE GLOBAL
NACHHALTIGER ENTWICKLUNG**



Auf Grund der immer enger werdenden Verflechtungen und Abhängigkeiten zwischen den Industrienationen des globalen Nordens und den sogenannten Entwicklungsländern im globalen Süden¹, kommt der Entwicklungspolitik eine wichtige Rolle für eine global nachhaltige Entwicklung zu. Dies wird auch durch die Forderung nach einer globalen Partnerschaft für die universellen und die ganze Welt betreffenden 17 nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) der Agenda 2030² deutlich. Nicht nur der Bund, auch die Länder sind dabei wichtige Akteure: „aufgrund ihrer Zuständigkeiten, lokalen Expertise und ihrer Nähe zu wichtigen Akteuren sowie ihrer jahrelangen Erfahrungen mit der Umsetzung von Nachhaltigkeits- und Entwicklungspolitik auf sub-nationaler Ebene ist ihr Beitrag wichtig und notwendig, um den Bund bei Maßnahmen zur Umsetzung der 2030-Agenda zu unterstützen.“³ Auch die Ministerpräsidentenkonferenz konstatiert: „Die Länder haben bereits in der Vergangenheit einen wichtigen Beitrag zum Nachhaltigkeitsprozess und zur Erreichung der bisherigen Millennium Development Goals geleistet. Sie sind gewillt, dies mit Blick auf die Umsetzung der SDGs in Deutschland und auch im internationalen Kontext fortzuführen.“⁴

„Seit 1996 bekennt sich der Freistaat Thüringen mit den „Leitlinien der Thüringer Entwicklungszusammenarbeit“ zu seiner entwicklungspolitischen Verantwortung und zur Gestaltung einer Politik im Sinne global nachhaltiger Entwicklung^{5a} und 2018 wurden diese Leitlinien gemeinsam mit Thüringer entwicklungspolitischen Akteur*innen fortgeschrieben. Diese Leitlinien sollen das „Bemühen, das Thema Entwicklungspolitik stärker in der Landespolitik zu verankern und politische Planungsprozesse auf die Ziele der ‚Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung‘ der Vereinten Nationen auszurichten^{5a}“ widerspiegeln.

Dieses regelmäßig erneuerte und erweiterte Bekenntnis der Landesregierung(en) und des Thüringer Landtages zu einer global nachhaltigen Politik in Thüringen⁷ spiegelt sich jedoch andererseits nicht in den – auch für die Bundesländer verpflichteten – öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit, die als Official Development Assistance (ODA) bezeichnet werden, wider⁸. Im Zeitraum 2012–2017 war Thüringen bei den ODA-Leistungen ohne Studienplatzkosten mit 121.000 EURO (2017) Schlusslicht und bei den ODA-Leistungen mit Studienplatzkosten mit 32,3 Mio. EURO (2017) auf Platz 10 im Gesamtvergleich der Länder. Diese Ausgaben entsprachen 2017 rund 0,05 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP von Thüringen 2017: 62,1 Mrd. EURO⁹). Bezogen auf die Bevölkerungszahl leistet Thüringen bei den Studienplatzkosten für Studierende aus Ländern des globalen Südens einen vergleichsweise guten Beitrag, bei den ODA-Leistungen im engeren Sinne wäre allerdings eine Zielmarke von mind. 250.000 EURO vergleichbar mit den anderen Bundesländern. Für die Einhaltung des sogenannten 0,7% Ziels wären 2017 in Thüringen ODA-Leistungen von 435 Mio. EURO nötig gewesen.

WIR FRAGEN SIE DAHER:

1. Wird sich die FDP nach der Landtagswahl dafür einsetzen, dass die Entwicklungspolitischen Leitlinien Thüringens und der Beschluss des Thüringer Landtags vom 01.02.2019 *Global nachhaltige Entwicklung in Thüringen stärken*¹⁰ umgesetzt werden? **Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?**

Ja. Trotz der Bedeutung und der Expertise der Länder im Zusammenhang mit internationaler Zusammenarbeit ist Entwicklungspolitik in erster Linie Bundesaufgabe. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine innerhalb Deutschlands, der Europäischen Union und mit den Mitgliedstaaten abgestimmte Entwicklungszusammenarbeit im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) ein, bei der die Instrumente der Entwicklungs-, Außen-, Sicherheits-, Handels- und Wirtschaftspolitik nahtlos aufeinander abgestimmt sind. Basierend darauf werden wir in Regierungsverantwortung auch dafür Sorge tragen, dass Thüringen seinen Beitrag im Rahmen des Nationalen Aktionsplans für Entwicklungszusammenarbeit leistet und der Beschluss vom 01.02.2019 umgesetzt wird. Dabei wollen wir die umgesetzten Maßnahmen in ihrer qualitativen Wirkung bewerten und weniger über die Höhe der verwendeten Mittel.

2. Wird sich die FDP nach der Landtagswahl dafür einsetzen, dass Partnerschaften des Freistaats Thüringen, der Thüringer Kommunen und der Zivilgesellschaft mit Regionen und Kommunen im globalen Süden¹¹ auf- und ausgebaut sowie die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen der Thüringer Entwicklungspartnerschaften gestärkt werden? **Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?**

Ja. Wir Freie Demokraten unterstützen jegliche Form der internationalen Zusammenarbeit, die auf zivilgesellschaftliches Engagement zurückgeht. Dabei legen wir Wert auf eine Differenzierung bei der Auswahl der Partnerländer. Es muss verstärkt auf die Kriterien Bedarf, Leistungsfähigkeit, Entwicklungsbereitschaft und Effizienz der Maßnahmen geachtet werden. Wir Freie Demokraten sind in Regierungsverantwortung gern bereit Partnerschaften mit Ländern im globalsten Süden von Seiten des Freistaates zu begleiten und den Austausch zu unterstützen.

3. Wird sich die FDP nach der Landtagswahl dafür einsetzen, dass bis 2024 die ODA-Leistungen Thüringens auf 0,7 % erhöht werden? **Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?**

Nein. Eine Erhöhung der Ausgaben auf 0,7% bis 2024 würden eine jährliche Erhöhung von etwa 100 Mio. Euro bedeuten, um dann 435 Mio. Euro ODA-Leistungen in 2024 zu erreichen. Hierfür sehen wir in der aktuellen Haushaltssituation keinen Spielraum. Thüringen leistet aktuell bereits einen großen Beitrag gerade im Bereich der Studienplätze für Menschen aus Entwicklungsländern. Diese unterstützen wir Freie Demokraten gern weiter und werden uns auch in Abstimmung mit den anderen Bundesländern über den Bundesrat dafür einsetzen, dass die Bundesrepublik auch weiter-hin ihren zugesicherten Beitrag im Zusammenhang mit der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit leistet. Wir setzen uns ferner für eine Entwicklungszusammenarbeit ein, die auf die Qualität der eingesetzten Mittel setzt statt allein auf deren Quantität.

2

**BILDUNG
FÜR
GLOBALE
BÜRGER*INNEN**



Die globale Gesellschaft verantwortungsvoll für die eigene und für die nachfolgenden Generationen zu gestalten – dazu tragen die Bildungskonzepte des Globalen Lernens und der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) bei. Globales Lernen und BNE sind im SDG 4.7¹² Bestandteil der Agenda 2030 und im UNESCO Global Action Programme on Education for Sustainable Development oder der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie verankert.

Auch in Thüringen finden seit über 25 Jahren Bildungsveranstaltungen des Globalen Lernens und der BNE in Kindergärten, Schulen, Hochschulen und anderen Bildungsinstitutionen statt. Diese werden meist vom EWNT und seinen Mitgliedern sowie zahlreichen anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen angeboten, die zum Teil in der Landesarbeitsgemeinschaft Bildung für nachhaltige Entwicklung Thüringen zusammengeschlossen sind.¹³ Qualitativ hochwertige Bildungsarbeit benötigt professionelle Rahmenbedingungen, regelmäßigen Austausch und Vernetzung sowie Qualifizierungsangebote und kann daher nicht im Ehrenamt allein geleistet werden. Das bundesweite Eine Welt-Promotor*innen-Programm¹⁴, an dem sich der Freistaat Thüringen seit 2016 beteiligt, bietet diesen Rahmen. Doch bedarf es neben einem Ausbau des Programms auf mögliche fünf Vollzeitstellen eine zuverlässige finanzielle Förderung für die Durchführung von Veranstaltungen des Globalen Lernens und BNE. Nur so lässt sich den Erwartungen an die Bildungsarbeit, eine zentrale Rolle beim gesellschaftlichen Wandel für eine nachhaltige Entwicklung zu spielen, auch finanziell Rechnung tragen.

Bildung als Schlüssel zur einer global nachhaltigen Entwicklung ist eine der zentralen Kernkompetenzen der Länder. Daher bekannte sich der Thüringer Landtag und die Thüringer Landesregierung wiederholt zur Umsetzung von Globalem Lernen und BNE – so auch mit der Erarbeitung eines Thüringer Aktionsplan „Bildung für Nachhaltige Entwicklung 2015–2019 (ThAp BNE)¹⁵. Dieser Aktionsplan, der aufzeigen soll, „wie BNE in den unterschiedlichen Bildungsbereichen bisher verankert wurde“ enthält ebenso „Schlussfolgerungen aus den bisherigen Aktivitäten [...], um damit Empfehlungen für künftige Vorhaben geben zu können“. Für die künftige Ausrichtung und institutionelle Einbindung von Globalem Lernen und BNE in Thüringen soll die Zusammenarbeit von Landesregierung und Zivilgesellschaft bei der Erarbeitung des ThAp BNE fortgeführt werden und die bisherigen Schlussfolgerungen in einen Aktionsplan BNE 2020–2024 einfließen.

WIR FRAGEN SIE DAHER:

4. Wird sich die FDP nach der Landtagswahl dafür einsetzen, dass die Thüringer Eine Welt-Vereine mit einem „Landesförderprogramm Globales Lernen und BNE“ gestärkt werden und wird sich die FDP für die Fortführung und den Ausbau des Eine Welt-Promotor*innen-Programms einsetzen?

Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

Wir Freie Demokraten werden uns dafür einsetzen, dass bestehende Programme weitergeführt werden können und begrüßen vor allem die Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Geldgebern, um die Aktivitäten des Eine-Welt-Netzwerkes möglich zu machen. Die Einführung eines Landesförderprogramms Globales Lernen und BNE werden wir in Regierungsverantwortung gemeinsam mit den entsprechenden Akteuren prüfen.

5. Wird sich die FDP nach der Landtagswahl für einen weiteren Thüringer Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung 2020–2024, der gemeinsam mit der Zivilgesellschaft erarbeitet wird einsetzen? *Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?*

Ja. Entsprechend der Vorgaben aus dem Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung werden wir Freie Demokraten auch in Thüringen die Festsetzung entsprechender Aktionspläne in Thüringen unterstützen. Darüber hinaus ist eine Verbesserung der Kommunikation über die damit verbundenen Projekte und Maßnahmen erforderlich. Im Idealfall gilt nicht in jedem Ministerium ein anderer Aktionsplan, sondern es wird ein übergreifender Aktionsplan erstellt, der die Aufgaben aller Ministerien und übergreifende und ganzheitliche Aktivitäten der Zivilgesellschaft berücksichtigt.

3

WIRTSCHAFT
UND
ENTWICKLUNG



Im Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte heißt es: „Die verantwortungsvolle Gestaltung einer nachhaltigen und erfolgreichen Weltwirtschaft ist für Deutschland von besonderer Bedeutung. Wenige Staaten sind wirtschaftlich so stark international vernetzt wie die Bundesrepublik Deutschland. [...] Die zunehmende Vernetzung deutscher Unternehmen in globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten bietet dabei Chancen und Herausforderungen zugleich: neue Märkte und Produktionsstätten werden erschlossen und so Arbeitsplätze und Wohlstand geschaffen. Dabei können aber auch Risiken durch Intransparenz und die oft mangelhafte Durchsetzung von Menschenrechten, Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards entlang der Liefer- und Wertschöpfungsketten global agierender Unternehmen entstehen. Dies gilt insbesondere für die Produktion in Entwicklungs- und Schwellenländern, aber auch in Deutschland.“¹⁶ Das freiwillige Engagement von Unternehmen hat bisher jedoch nicht ausgereicht, um ökologische, soziale und menschenrechtliche Standards im Zusammenhang mit ihrer Geschäftstätigkeit wirksam durchzusetzen, weshalb es ordnungspolitische Maßnahmen, aber auch Marktanreize braucht.

Hierbei kommt auch den Ländern eine spezifische Verantwortung bei der Gestaltung einer verantwortungsvollen Wirtschaftspolitik im Sinne global nachhaltiger Entwicklung zu. So verfügt die öffentliche Hand mit einem Anteil von mindestens 16 % des BIP¹⁷ über einen wirksamen Hebel, um eine ökologisch und sozial verantwortliche Produktion voranzubringen. In Thüringen wurden, in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Normen der EU und des Bundes, in dem 2019 verabschiedeten „Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes und anderer haushaltsrechtlicher Vorschriften“¹⁸ die fakultativen Regelungen zur Berücksichtigung umweltbezogener und sozialer Aspekte beibehalten. Das bedeutet, dass die Landesregierung und -behörden, aber auch Kommunen ihre Ausschreibungen so gestalten dürfen, dass für Kinderarbeit, moderne Sklaverei, sexuelle Ausbeutung, Lohndumping oder die Verwehrung demokratische Mitbestimmung am Arbeitsplatz keine öffentlichen Gelder verwendet werden. Trotz dieser bereits seit 2011 bestehenden fakultativen Regelung haben lediglich rund 41 % der Thüringer Kommunen bei mindestens einer Beschaffung ökologische und/oder soziale Kriterien bei der Vergabe berücksichtigt.¹⁹ Verlässliche Zahlen zur Beschaffung durch die Landesregierung und -behörden liegen nicht vor, aber es gibt bisher auch keine Verwaltungsvorschriften, oder Leitfäden zur nachhaltigen Beschaffungen wie in anderen Ländern.²⁰ Dabei könnte gerade hier der Freistaat Thüringen eine strategische Steuerungsfunktion und Vorbildfunktion zur Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 - insbesondere des SDG 12.7²¹ einnehmen.

Im letzten Sonderbericht „Klimawandel und Landsysteme“ des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) haben die Wissenschaftler des Weltklimarats gezeigt, wie sich unsere Landnutzung auf Treibhausgasemissionen und Klimasystem auswirken, aber auch, wie wir der Erderwärmung am geeignetsten entgegenwirken können. „Nachhaltiges Landmanagement, einschließlich nachhaltiger Forstwirtschaft, kann Landdegradierung verhindern und verringern, die Produktivität von Landsystemen aufrechterhalten und manchmal die negativen Folgen des Klimawandels auf die Landdegradierung umkehren“, heißt es in dem Bericht. Weiter: „Das gesamte technische Minderungspotenzial aus Ackerbau und Tierhaltung sowie der Agroforstwirtschaft wird auf 2,3-9,6 Gt CO₂ Äq pro Jahr bis 2050 beziffert.“ Dies wäre weit mehr als Deutschland pro Jahr an Treibhausgas-Emissionen ausstößt.²³ Doch auch auf den Erhalt der weltweiten Biodiversität und die Vertreibung von Ackerland von Kleinbäuer*innen (sog. „Landgrabbing“²⁴) durch Landspekulation wird durch heimische Landwirtschaft und Agrarimporte beeinflusst.²⁵

WIR FRAGEN SIE DAHER:

- 6. Wird sich die FDP nach der Landtagswahl für eine 100 % transparente faire und ökologische Beschaffung der Thüringer Landesregierung bis 2024 einsetzen?

Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

Wie bereits in Frage 1 beantwortet, werden wir uns für eine Umsetzung des Beschlusses vom 01.02.2019 einsetzen. Dieser beinhaltet auch die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien in der Beschaffung. Somit werden wir Freie Demokraten uns dafür einsetzen, dass bei der Beschaffung der Thüringer Landesregierung auch Kriterien wie ökologischer Anbau und Fair-Trade zusätzlich zum wirtschaftlichen Einsatz von Steuermitteln berücksichtigt werden. Die Umsetzung einer 100% fairen und ökologischen Beschaffung bis 2024 können wir nach aktueller Lage nicht zusichern.

- 7. Wird sich die FDP nach der Landtagswahl dafür einsetzen, dass die ökologische Landwirtschaft ausgebaut und sich die Landesregierung gegen Landgrabbing in Thüringen und im globalen Süden engagiert? *Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?*

Wir Freie Demokraten stehen für eine zukunfts- und marktorientierte Landwirtschaftspolitik in Thüringen, die sich konsequent am Verbraucher ausrichtet. Daher unterstützen wir auch die Gründung von Unternehmen in der ökologischen Landwirtschaft bzw. die Entwicklung bestehender Betriebe zu ökologischen Landwirtschaftsbetrieben. Darüber hinaus obliegt es aber jedem Landwirt selbst seinen Betrieb aufzustellen. Der politische Auftrag besteht hier aus unserer Sicht nur darin, dafür zu sorgen, dass die Menschen in Thüringen mit qualitativ hochwertigen und sicheren Lebensmitteln versorgt werden können. Um das in einem fairen Miteinander zu gewährleisten, darf es Betrieben in der Landwirtschaft nicht unnötig schwer gemacht werden, wirtschaftlich und nachhaltig zu agieren. Wer ein Land ernährt verdient Respekt. Wir setzen uns dafür ein, dass Landwirte wieder ein angemessenes Einkommen erhalten und ihre gesellschaftlichen Leistungen anerkannt werden. Durch den Abbau von Bürokratie, die Verbesserung von Vermarktungsstrukturen und die Sensibilisierung der Verbraucher wollen wir dafür sorgen, dass es wieder Freude macht, +

4

**MENSCHENRECHTE,
DEMOKRATIE
UND TEILHABE**



Mit dem SDG 16²⁶ wurde Frieden, gesellschaftliche Entwicklung und gute Regierungsführung als ein Bestandteil global nachhaltiger Entwicklung von der internationalen Staatengemeinschaft gewürdigt und anerkannt, dass echte nachhaltige Entwicklung „ohne Fortschritte in den Bereichen guter Regierungsführung und Frieden nicht möglich ist.“²⁷ Das „SDG 16 ist für die globale, 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung‘ von herausgehobener Bedeutung. Viele Länder haben lange gezögert einzustehen, dass schlechte Regierungsführung Konflikte anheizt und Entwicklung behindert.“²⁸ Darüber hinaus sind auch in Deutschland bürgerschaftliches Engagement und Mitwirkung für Akzeptanz und das Gelingen von Entwicklungspolitik und Nachhaltigkeit wichtig, da „der Schlüssel zur Ausweitung des Engagements [für die Agenda 2030, EWNT] folglich in einer Erhöhung der Selbstwirksamkeit liegen [könnte], indem der Bevölkerung konkrete Einflussmöglichkeiten auf eine nachhaltige Entwicklung aufgezeigt werden.“²⁹ Wenn gesellschaftliche Ordnung sich in einem „DIE da oben“ in Abgrenzung zu einem „WIR hier unten“ manifestiert und Mitbestimmung und Selbstwirksamkeitserfahrung nicht erlebt werden, ist eine Reflektion eigener Verantwortung und Übernahme von Verantwortung für eine gesellschaftliche Transformation im Sinne nachhaltiger Entwicklung kaum möglich. Doch Mitbestimmung und Teilhabe sind keine Einbahnstraßen und müssen ermöglicht, gewollt und erlernt werden. Dies ist ganz im Sinne des SDG 16.7, das fordert, dass die Entscheidungsfindung auf allen Ebenen bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ ist.

Thüringen hat sich in seiner Verfassung im Artikel 1 zur Unantastbarkeit der Würde des Menschen und klar gegen Diskriminierung bekannt. Im Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit heißt es zudem: „Zu den zentralen Werten einer demokratischen Gesellschaft gehören die Gleichwertigkeit aller Menschen und ihr Recht auf Unversehrtheit. Diskriminierende Einstellungen und Verhaltensweisen zu Menschengruppen mit unterschiedlicher sozialer, kultureller, religiöser, ethnischer und geschlechtlicher Orientierung stellen als Ungleichwertigkeitsvorstellungen die demokratische Gesellschaft in ihren Grundfesten in Frage.“³⁰ Dennoch wird Diversität, also ethnische, kulturelle und soziale Vielfalt in Thüringen als „konfliktreich und problembehaftet wahrgenommen.“³¹ Vorurteile und abwertende Aussagen über Menschen, die als „Anders“ erlebt werden, finden sich in weiten Teilen der Bevölkerung, ohne dass sich dabei ein Zusammenhang zwischen dieser Ablehnung bzw. einem Ethnozentrismus und dem sozioökonomischen Status finden ließe. Vielmehr vermuten die Autor*innen des Thüringenmonitors eine „starke kulturelle Verankerung von Ideologien der Ungleichwertigkeit“.³² Es bedarf daher einer Prävention gegen Rassismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Neo-Nationalsozialismus durch gezielte Aufklärung und Bildung.

WIR FRAGEN SIE DAHER:

- 8. Wird sich die FDP nach der Landtagswahl für den Ausbau partizipativer Prozesse auf Landes- und kommunaler Ebene einsetzen?

Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

Ja. Wir Freie Demokraten bekennen uns zur repräsentativen Demokratie, wollen diese aber um Elemente direkter Demokratie bereichern. Gerade auf kommunaler und auf Landesebene gibt es viele Themen, die die Menschen ganz konkret vor Ort betreffen. Hier ist es angemessen, diese in die Entscheidung einzubeziehen. Dies setzt aber voraus, dass die Arbeit in der politischen Bildung ausgebaut und damit sichergestellt wird, dass alle Bürger die Möglichkeit haben, die Konsequenzen ihrer Entscheidung abzusehen und somit eine informierte Entscheidung treffen zu können. Um die politische Partizipation junger Menschen zu erhöhen und sie an Entscheidungen, welche ihre Interessen direkt betreffen, mitwirken zu lassen, sprechen wir uns für die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre aus. Wir wollen Jugendliche außerdem stärker in politische und gesellschaftliche Prozesse einbinden. Deshalb setzen wir uns für ein unabhängiges Landesjugendparlament ein, welches unter anderem durch ein Initiativrecht für eigene Anträge im Thüringer Landtag verbindlichen Einfluss auf die Landespolitik nehmen kann.

- 9. Wird sich die FDP nach der Landtagswahl für Weltoffenheit, Dialogfähigkeit und Toleranz in Thüringen einsetzen und Menschenrechts-, Demokratie- und transkulturelle Bildung in allen staatlichen Bereichen etablieren?

Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

Ja. Wir Freie Demokraten stehen für einen weltoffenen Freistaat Thüringen, in dem jeder unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, Alter, gesundheitlicher Beeinträchtigung, Herkunft oder Religion diskriminierungsfrei leben kann. Wir stehen in der Mitte der Gesellschaft und setzen auf eine wehrhafte Demokratie. Hass, Intoleranz, Links- und Rechtsextremismus, religiösem Fanatismus und allen Angriffen auf unser Rechtssystem werden wir entschieden entgegengetreten. Bestehende Präventionsprogramme werden wir überprüfen und an die neuen Herausforderungen anpassen. Für den Kampf gegen Extremismus brauchen wir eine starke Zivilgesellschaft. Deshalb möchten wir ehrenamtliches Engagement in diesem Bereich besser fördern. Bei der Bekämpfung von Diskriminierung aller Art setzen wir verstärkt auf Jugendarbeit, indem wir die sozialarbeiterische Betreuung von Schulen und Jugendzentren fördern und Schulen außerdem vor Ort ermutigen, die Angebote bestehender Projekte gegen Ausgrenzung und für Toleranz wahrzunehmen. Auch in der Schule (z.B. Lehr- und Unterrichtsmaterialien) und in der Ausbildung (z.B. Sensibilisierung von Pflegekräften und Polizisten) möchten wir Vielfalt berücksichtigen. Wir wollen die Kompetenzen aller Thüringer Beauftragten gegen Diskriminierung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen zu einem zentralen Antidiskriminierungsbeauftragten zusammenfassen. Um Antidiskriminierung als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe zu unterstreichen und die ministerielle Unabhängigkeit des Beauftragten sicherzustellen, soll seine Position direkt beim Thüringer Landtag angesiedelt werden.

5

KLIMA
UND
UMWELT



Mit der Basler Konvention³³ wurde bereits 1992 ein internationales Umweltabkommen für ein umweltgerechtes Abfallmanagement und die Kontrolle des Export gefährlicher Abfälle eingeführt. Auch Deutschland gehört seit 1995 zu den Unterzeichnerstaaten und das Basler Abkommen wurde in EU und nationale Gesetzgebung integriert. Dennoch werden auch aus Deutschland Plastikmüll und Elektroschrott in Länder des globalen Südens illegal exportiert und in Deutschland als recycelt deklariert, obwohl Müll aus Deutschland laut Gesetz nur ins Ausland gelangen darf, wenn er dort verwertet wird. Doch wird die Verwertung in den Importländern nicht immer gewährleistet: Die eingeführten Abfälle werden häufig nicht ordnungsgemäß verarbeitet, sondern meist unreguliert abgelagert oder verbrannt.³⁴ Dies hat nicht nur Folgen für die Umwelt, sondern auch drastische Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen, die auf den Deponien arbeiten. Dazu gehören beispielsweise Geburtenkomplikationen oder Wachstumsstörungen.³⁵ Die Exportregelungen des Basler Abkommens wurden 2019 durch verpflichtende Angabe von Inhaltsstoffen und Vorsortierung des Mülls sowie die Unterstützung der Importstaaten beim Recycling durch die Erzeugerländer verschärft. Das Ziel sollte es dennoch sein, Müllexporte aus der EU zu verbieten und nach der Formel *reduce - reuse - recycle* (Reduzieren, Wiederverwenden, Recyceln) Müll nicht mehr entstehen zu lassen.

Europa hat eine wichtige Rolle für den globalen Klimaschutz sowie zur Anpassung an die globalen Folgen der Erderwärmung, da die EU auf Rang drei (nach China und den USA) der Verursacher für den jährlichen CO₂-Ausstoß steht.³⁶ Um die weltweiten Folgen des Klimawandels abzumildern, einigte sich die Weltgemeinschaft auf der UN-Klimakonferenz in Paris 2015 darauf, die Erderwärmung auf deutlich unter 2° Celsius – möglichst 1,5° Celsius – zu begrenzen. Laut des IPCC Sonderberichts vom Oktober 2018 „können noch knapp 420 Gigatonnen (Gt) CO₂ in die Atmosphäre abgegeben werden, um das 1,5-Grad-Ziel nicht zu verfehlen. Da die Welt jedoch jedes Jahr circa 42 Gt an CO₂ ausstößt – rechnerisch entspricht dies 1332 Tonnen pro Sekunde – dürfte dieses Budget in gut neun Jahren aufgebraucht sein. Das Budget von circa 1170 Gt für das Zwei-Grad-Ziel wird in etwa 26 Jahren erschöpft sein.“³⁷ Thüringen hat sich mit seiner integrierten Thüringer Energie- und Klimaschutzstrategie dazu bekannt, „dass Thüringen seinen Beitrag zur Erreichung des international anerkannten Zwei-Grad-Ziels leisten muss. [...] Zu diesem Zweck zielt die Landesregierung darauf, die Treibhausgasemissionen in Thüringen zu verringern und eine erfolgreiche Energiewende zu gestalten, die dezentral, regional und regenerativ ist.“³⁸ Die zusätzliche Inves-

tionen in den Klimaschutz sollen sich vor allem auf Energieeffizienzmaßnahmen, und den Ausbau erneuerbarer Energien konzentrieren. Doch Energieeffizienz allein wird nicht ausreichen, um die Erderwärmung aufzuhalten³⁹, sondern es braucht konkrete Maßnahmen zu ambitionierter Emissionsreduktion in allen Bereichen. Dazu gehört die Transformation der Infrastruktur von Stromnetzen und Verkehr aber auch eine alternative echt CO₂-neutrale Wirtschafts- und Produktionsweise.

WIR FRAGEN SIE DAHER:

10. Wird sich die FDP nach der Landtagswahl dafür einsetzen, dass in Thüringen, Deutschland und der EU Maßnahmen zum Exportstopp und zur Reduzierung von Plastikmüll und Elektroschrott eingeführt werden?

Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

Ja. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dem internationalen Problem von Plastikmüll in den Meeren zu begegnen. Das Plastikproblem in den Ozeanen ist ein globales, die Lösung muss daher in gleicher Dimension gedacht werden. Als möglicher Zwischenschritt ist die Etablierung eines eu-röpäischen Systems und eine Neuordnung der europäischen Kunststoffstrategie denkbar. Wir Freie Demokraten fordern auf Bundesebene, die globalen Konsumgüterproduzenten in die Pflicht zu nehmen und eine gemeinsame Finanzierung der Entsorgungssysteme in den Schwellen- und Entwicklungsländern zu etablieren. So müssen diejenigen, die durch den Verkauf ihrer Konsumgüter in diesen Ländern wirtschaftlich profitieren auch für die Entsorgungssysteme der Abfälle Mitverantwortung tragen. Darüber hinaus wollen wir die Digitalisierung nutzen, um Informationen zum Rohstoffgehalt oder zum Entsorgungswert von Produkten verfügbar zu machen. Über Block-chain lassen sich hier Geschäftsmodelle entwickeln, die das Geld für die Entsorgung tatsächlich dort ankommen lassen, wo entsorgt wird. Die Digitalisierung der Entsorgungswirtschaft wäre ein großer qualitativer Fortschritt für das Recycling in Deutschland. Stoffströme könnten besse

11. Wird sich die FDP nach der Landtagswahl für die konsequente Umsetzung der Pariser Klimaziele auf Landesebene und Einhaltung des Thüringer Klimagesetzes einsetzen? *Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?*

Wir Freie Demokraten bekennen uns ausdrücklich zu dem Ziel aus dem Pariser Abkommen, die Erderwärmung auf maximal 2, besser 1,5 Grad Celsius, zu begrenzen. Die daraus resultierenden Ziele zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes sind verbindlich. Aus liberaler Sicht gilt es daher, Wege zu einer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung zu beschreiten, welche die Menschen mitnimmt, ihrer Lebenswirklichkeit gerecht wird und Chancen eröffnet. Nur in der intelligenten Verzahnung von Ökologie und Ökonomie findet diese Transformation nachhaltigen Rückhalt in der Bevölkerung und kann gelingen. Ziel unserer liberalen Klimapolitik ist es, das Wirtschaftswachstum vom Treibhausgas-Ausstoß zu entkoppeln und mit neuen Technologien auch den Menschen in den Schwellen- und Entwicklungsländern die faire Chance zu eröffnen, auf klimafreundliche Weise weiter nach Wachstum und Wohlstand zu streben. Wir Freie Demokraten begreifen den Klimaschutz als globale Herausforderung. Dürren und Temperaturprognosen zeigen, dass ein Umdenken in der Klimapolitik notwendig ist. Das Thüringer Klimagesetz brems jedoch nicht die Erderwärmung, sondern bezahlbares Wohnen und

MIGRATION
UND
ENTWICKLUNG



Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Migration und Flucht wird – nicht nur in Thüringen – meist mit dem Schwerpunkt auf Probleme, Herausforderungen oder dem gesellschaftlichen Nutzen bzw. Potentialen geführt. Doch Migration ist zuerst einmal nichts anderes, als dass „eine Person ihren Lebensmittelpunkt räumlich verlegt“⁴⁰ und daher menschliche Normalität. Auch internationale Migration⁴¹ ist keine Erscheinung der Gegenwart, auch wenn noch nie „weltweit so viele Menschen bereit, aufgrund von Kriegen, ökologischen Veränderungen, Bürgerkriegen und anderen Bedrohungen gezwungen und aufgrund der technologisch bedingten Veränderungen von Raum und Zeit in der Lage [waren], ihren Arbeits- oder Lebensmittelpunkt [...] zu verändern“⁴². Während für viele Menschen im globalen Norden Urlaub, Studium, Arbeit oder Ruhestand im Ausland nichts Ungewöhnliches sind und je nach Lebenssituation als Notwendigkeit oder als Beitrag zur Selbstverwirklichung betrachtet werden, werden diese Privilegien vielen Menschen im globalen Süden nicht eingeräumt. Und so werden, „während innerhalb Europas die Grenzen mehr und mehr durchlässig werden [...], die Außengrenzen schärfer gezogen.“⁴³ Die Einsicht, dass Deutschland eine Migrationsgesellschaft ist, steht somit – trotz einer lang in die deutsche Geschichte zurückreichenden Aus- und Einwanderungstradition – noch aus. Doch nur so lässt sich eine selbstbewusste gesellschaftspolitische Diskussion um Zuwanderung, Integration und Teilhabe jenseits von Polemik und dem Bedienen von rassistischen Ressentiments führen. „Dazu zählt ebenso die Einsicht, dass heute vorherrschende globale Ungleichheiten und die globalen Ursachen für Migration und Flucht ebenso Folgen und historisches Erbe (neo-)kolonialer Konstellationen zwischen Globalem Norden und Globalem Süden sind.“⁴⁴

Diese globalen Ursachen heißen Armut, Hunger, sexuelle Ausbeutung, moderne Sklaverei, Umweltzerstörung oder auch Krieg, Folter und Vertreibung, weshalb täglich mehr als 37.000 Menschen ihre Heimat verlassen und sich Ende 2018 weltweit über 70,8 Millionen Menschen auf der Flucht befanden.⁴⁵ Obwohl Deutschland mit 1,1 Millionen aufgenommenen geflüchteten und asylsuchenden Menschen zu den fünf Hauptaufnahmeländern gehört, leben die meisten geflüchteten Menschen in den Nachbarländern ihrer Heimatstaaten – auf Grund der geografischen Nähe, aber insbesondere der Tatsache, dass Europa und die USA ihre Grenzen aufrüsten und sich abschotten. Meist sind dies Länder, die selbst unter politischer und gesellschaftlicher Instabilität leiden, die eine geringe Wirtschaftsleistung haben und/oder in denen Migrant*innen diskriminiert, gefoltert oder ausgebeutet werden.⁴⁶ Eine Verbesserung dieser Situation, oder „eine Verbesserung der Situation für die betroffenen Menschen in ihren Herkunftsländern ist derzeit nicht abzusehen“⁴⁷. Deshalb dürfen Migration und Flucht in die EU sowie nach Deutschland nicht kriminalisiert werden und das Menschenrecht auf Asyl muss geachtet werden.

WIR FRAGEN SIE DAHER:

12. Wird sich die FDP nach der Landtagswahl dafür einsetzen, dass die Grundprinzipien des globalen Migrationspakts⁴⁸ in Deutschland und Thüringen umgesetzt werden?

Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

Ja. Der UN-Migrationspakt ist aus unserer Sicht nicht perfekt. Aber wir Freie Demokraten sind da-von überzeugt, dass es besser ist, den UN-Migrationspakt zu haben, als ihn nicht zu haben. Deutschland hat bezüglich des Umganges mit Migranten im Vergleich zu anderen Ländern bereits ein hohes Niveau und viele geforderte Maßnahmen sind schon seit Jahren bei uns Standard. Der Migrationspakt ersetzt kein Einwanderungsgesetz, das klar zwischen Asyl, Kriegsflüchtlingen und Einwanderung in den Arbeitsmarkt unterscheidet. Aber er formuliert 23 Ziele zur Steuerung von Migration mit entsprechenden Maßnahmen. Zu diesen Zielen gehören beispielsweise: Eindämmung von Fluchtursachen, konsequentes Vorgehen gegen Schleuser und Menschenhändler oder die effektive und koordinierte Sicherung der Grenzen. Die Staaten bekennen sich auch zur Einhaltung der Menschenrechte, dem Abbau der Diskriminierung und dem Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt für Migranten.

Wir Freien Demokraten werden uns nach der Landtagswahl dafür einsetzen, dass diese Ziele und Maßnahmen, sofern sie Thüringen betreffen und nicht ohnehin bereits vorhanden sind, weiter umgesetzt werden. Und wir werden uns zudem im Bundesrat dafür stark machen, dass Einwanderung in Deutschland durch ein vernünftiges Einwanderungsgesetz nachhaltig, transparent und fair geregelt wird.

13. Wird sich die FDP nach der Landtagswahl dafür einsetzen, dass sichere und legale Fluchtrouten für Migrant*innen und Geflüchtete etabliert werden? Werden Sie sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass Unterkünfte, Sicherheit, Wasser- und Nahrungsmittelversorgung in Ländern des globalen Südens verbessert werden und das eine Abschiebung von Geflüchteten in diese Länder verhindert wird?

Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

Nein. Die Verbesserung der Gegebenheiten in Ländern des globalen Südens liegt nicht einmal indirekt im Aufgaben- oder Kompetenzbereich des Thüringer Landtags. Das gleiche gilt für das Festlegen von Fluchtrouten. Dennoch werden wir über den Bundesrat darauf hinwirken, dass die Länder, die direkt von den Fluchtgeschehnissen betroffen sind, mit den Herausforderungen nicht allein gelassen werden. Das ist aus unserer Sicht nur über europäische Zusammenarbeit in der Migrationspolitik möglich.

Die Lebensumstände in Ländern des globalen Südens sind darüber hinaus so unterschiedlich, dass eine pauschale Position zur Verhinderung von Abschiebung in diese Länder uns hier nicht möglich ist.

Wir Freie Demokraten setzen uns aber dafür ein, dass die Migrationspolitik in Deutschland über ein vernünftiges Einwanderungsgesetz klar geregelt wird. Das bringt Rechtssicherheit für alle Beteiligten, für die deutschen Behörden, die Gesellschaft und auch für die Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt vorübergehend oder dauerhaft nach Deutschland verlagern wollen.



ZUM VEREIN

Das Eine Welt Netzwerk Thüringen (EWNT) ist das entwicklungspolitische Landesnetzwerk Thüringens und der zentrale Akteur für entwicklungspolitische Themen und Fragestellungen in Thüringen. Es gründete sich 2005 als Nachfolger des Entwicklungspolitischen Runden Tisches Thüringen und hat zurzeit rund 40 Mitglieder, die sich als Vereine, Initiativen oder Einzelpersonen für die Eine Welt Arbeit in Thüringen engagieren.

SELBSTVERSTÄNDNIS...

... unserer Arbeit

Wir setzen uns für weltweite Gerechtigkeit und global nachhaltige Entwicklung ein.

Als entwicklungspolitisches Landesnetzwerk leisten wir dazu gemeinwohlorientiert mit Bildungs-, Informations- und Netzwerkarbeit einen Beitrag und verstehen uns als Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und Politik.

Damit stärken wir die Akteure der Thüringer Eine Welt-Arbeit, machen zivilgesellschaftliches Engagement sichtbar, fördern aktive gesellschaftliche Teilhabe und sensibilisieren Menschen für entwicklungspolitische Fragestellungen.

In Thüringen, bundes- und europaweit sowie international vertreten wir die Interessen unserer Mitgliedschaft, kooperieren mit zahlreichen Partnern und gestalten somit gemeinsam verantwortungsvoll gesellschaftlichen Wandel.

... unserer konzeptionellen Grundlage

Wir betrachten nachhaltige Entwicklung als einen systemischen Denk- und Handlungsansatz, deren Bezugspunkt der Mensch in seinen mittel- und unmittelbaren Beziehungen ist.

Entwicklung ist dabei der Prozess einer gesellschaftlichen Transformation, deren Ziel es ist, die fünf Handlungsfelder Ökologie, Ökonomie, Soziales, Politik sowie Kultur global und gerecht auszubalancieren.

Dieser Prozess integriert dabei die Ursachen und Wirkungen menschlichen Handelns in ihrer räumlichen¹ Dimension sowie in ihrer zeitlichen² Dimension gleichermaßen.

Links und Quellen:

- Mit dem Begriff „Globaler Süden“ wird eine im globalen System benachteiligte gesellschaftliche, politische und ökonomische Position beschrieben. Während in Begriffen wie „Entwicklungsländer“ eine hierarchisierende Vorstellung von „Entwicklung“ zum Ausdruck kommt, der diese Länder zu folgen hätten, wird mit dem Begriffspaar „Globaler Süden“ bzw. „Norden“ versucht, unterschiedliche politische, ökonomische und kulturelle Positionen im globalen Kontext zu benennen. Die Einteilung in Süd und Nord ist dabei nur bedingt geographisch gedacht.
 - Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 25. September 2015
 - Fischer, Cecilia / Scholz, Imme (2015): Universelle Verantwortung: Die Bedeutung der 2030-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung der deutschen Bundesländer, (Discussion Paper 12/2015), Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn, S. 1
 - Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) vom 17. März 2016. Zitiert nach Beschlüsse der Deutschen Länder zur Entwicklungspolitik (1962-2017) auf: Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik (https://ez-der-laender.de/sites/default/files/bundeslaender/mpk_beschluesse_1962-2017.pdf, zuletzt abgerufen am 27.08.19)
 - Thüringer Staatskanzlei: Entwicklungspolitische Leitlinien Thüringen 2018, S. 5 (https://www.staatskanzlei-thueringen.de/fileadmin/user_upload/TSK/Themen/Internationale-Beziehungen/TSK_Entwicklungspolitische_Leitlinien_2019.pdf, abgerufen am 29.08.19)
 - ebd. S. 3
 - siehe beispielhaft:
 - Entwicklungspolitische Leitlinien Thüringen 2018
 - Die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie 2018
 - Drucksache 6/3201 v. 06.12.16 – Der Beitrag Thüringens zur Umsetzung der Agenda 2030 und des Weltklimavertrags
 - Drucksache 6/6766 v. 01.02.19 – Global nachhaltige Entwicklung in Thüringen stärken
 - zum Hintergrund der ODA siehe https://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/oda/hintergrund/leitfaden/index.html und zu den ODA-Leistungen der Länder https://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Ministerium/ODA/5_A1_ODA_Leistungen_der_Bundeslaender_2012_bis_2017.pdf
 - Thüringer Landesamt für Statistik: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen - Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach WZ 2008 in jeweiligen Preisen in Thüringen (<https://statistik.thueringen.de/datenbank/Portrait-Zeitreihe.aspx?table=7002031%7C%7CBruttoinlandsprodukt+und+Bruttowertsch%F6pfung+nach+WZ+2008+in+jeweiligen+Preisen>, abgerufen am 27.08.2019)
 - Thüringer Landtag: Drucksache 6/6766 (http://paridok.thueringen.de/ParIDok/dokument/70015/global_nachhaltige_entwicklung_in_thueringen_staerken.pdf, abgerufen am 29.09.19)
 - www.staatskanzlei-thueringen.de/arbeitsfelder/europa-und-internationales/regionalpartnerschaften
 - <https://www.globalgoals.org/4-quality-education>
 - Die Landesarbeitsgemeinschaft Bildung für nachhaltige Entwicklung Thüringen besteht seit 2016. Siehe auch <http://www.lag-bne-thueringen.de> Eine Übersicht bietet das Thüringer Schulportal: www.schulportal-thueringen.de/nachhaltige_entwicklung/akteure
- Mehr zur Thüringer BNE Geschichte bietet: Singer-Brodowski, Mandy (2016): Lessons Learned – 25 Jahre BNE und außerschulische Umweltbildung in Thüringen Eine Studie zu Entwicklungsstand & Perspektiven, Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen, Erfurt
- <https://einewelt-promotorinnen.de>
 - Drucksache 6/3201 Thüringer Landtag (2016) – „Der Beitrag Thüringens zur Umsetzung der Agenda 2030 und des Weltklimavertrags“
 - Auswärtiges Amt (2017): Nationaler Aktionsplan Umsetzung der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, S. 4, Bonn
 - Die Zahlen hierzu beruhen meist auf Schätzungen. Sie variieren für die Beschaffungen von Bund, Ländern und Kommunen zwischen 260 Mrd. Euro (2006, entspräche rund 11% des BIP) und 480 Mrd. Euro (2010, entspräche rund 19% des BIP). EU-weit lag der Anteil im Jahr 2013 bei etwa 18 Prozent. Vgl.: CIR, WEED, CoRA (2014): „Quo vadis, Beschaffung? Eine Bestandsaufnahme der sozial verantwortlichen öffentlichen Beschaffung: Reformen, Spielräume, Vorreiter“, S.6, <http://www.ci-romero.de/fileadmin/download/quo-vadis-2015-x10-web.pdf>
 - https://www.thueringen.de/mam/th6/wirtschaft/verwaltung/2019-08-19_gesetz_und_verordnungsblatt_nr_9_2019.pdf (abgerufen am 28.08.2019)
 - Auswertung der Umfrage zu nachhaltiger Beschaffung in Thüringer Kommunen, Zukunftsfähiges Thüringen, 2018, Kurzfassung (die Zahl bezieht sich auf die Anzahl von 92 (von 276) teilnehmenden Kommunen)
 - Beispielhaft Hamburg: Leitfaden für umweltverträgliche Beschaffung der Freien und Hansestadt Hamburg (<https://www.hamburg.de/contentblob/4672386/cfbb443b1bf08d0ccb2c20d2f5931/data/umweltleitfaden.pdf>, abgerufen am 28.08.19) oder Berlin: Aktualisierter Handlungsleitfaden zur Umsetzung der Verwaltungsvorschrift für die Anwendung von Umweltschutzanforderungen bei der Beschaffung von Liefer-, Bau- und Dienstleistungen (<https://www.berlin.de/senuvk/service/gesetzestexte/de/download/beschaffung/Handlungsleitfaden.pdf>, abgerufen am 28.08.19)
 - SDG 12.7: In der öffentlichen Beschaffung nachhaltige Verfahren fördern, im Einklang mit den nationalen Politiken und Prioritäten.
 - Intergovernmental Panel on Climate Change: Klimawandel und Landsysteme, 2019 (<https://www.de-ipcc.de/254.php>, abgerufen am 27.09.19)
 - 2017: 907 Mio. t oder 0,907 Gt CO₂, Umweltbundesamt (<https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#textpart-1>, abgerufen am 28.09.19)
 - siehe z.B. BMZ-Strategiepapier 02/2012: Investitionen in Land und das Phänomen des "Land Grabbing" (https://www.bmz.de/de/medialib/publikationen/archiv/reihen/strategiepapier/Strategiepapier316_2_2012.pdf, abgerufen am 28.09.19) oder <https://www.wellagrbericht.de/themen-des-wellagrberichts/landgrabbing.html>
 - <https://www.vbio.de/thueringen/news-aus-thueringen/politik-gesellschaft/agrarimporte-aus-brasilien-befeuern-umweltzerstoerung-und-konflikte>
 - Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.
 - Fiedler, Charlotte / Mark Furness / Jörn Grävingsholt / Julia Leininger: Die „2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung“ braucht einen kohärenten Fokus auf Governance und Frieden in: Die aktuelle Kolumne (2015), Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)
 - ebd.
 - Gleser, Solveig H. / Schneider, Sebastian: Meinungsmonitor Entwicklungspolitik

KONTAKT

Eine Welt Netzwerk Thüringen e.V.
Kochstraße 1a | 07745 Jena

Fon: +49 (0) 3641 22 49 950

E-Mail: buero@ewnt.org

Web: www.ewnt.org

1. Global, kontinental, regional bis lokal
2. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

2018, Bonn: Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), 2018, S. 51, und siehe hierfür auch ebd. Kapitel 1.1 – Entwicklungspolitisches Handeln benötigt bürgerschaftliche Unterstützung (https://www.deval.org/files/content/Dateien/Evaluierung/Berichte/2018/Einstellungen_EZ_web_links.pdf, abgerufen am 28.09.19)

30. Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, Erfurt: Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, 2017, S.5 (https://www.thueringen.de/mam/th2/tmbwk/jugend/landesprogramm/landesprogramm_fur_demokratie_weltoffenheit_und_toleranz_2017.pdf, abgerufen am 28.08.19)
31. Politische Kultur im Freistaat Thüringen – Ergebnisse des Thüringen-Monitors, Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena, 2018, S. 142
32. ebd.: S. 141
33. Basel Convention on the Control of Transboundary Movements of Hazardous Wastes and Their Disposal: (https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Abfallwirtschaft/basler_uebereinkommen.pdf, abgerufen am 29.08.19)
34. vgl. Greenpeace Malaysia: The recycling myth Malaysia and the broken global recycling system, 2018 (<https://www.greenpeace.org/malaysia/publication/1233/the-recycling-myth>), S. 4
35. vgl. Jakarta Post: Burning plastic waste harmful to health, Jakarta 2018 (<https://www.thejakartapost.com/life/2018/03/31/burning-plastic-waste-harmful-to-health.html>, abgerufen am 29.08.19) sowie Grant, Kristen et al.: Health consequences of exposure to e-waste: a systematic review in: The Lancet, Volume 1, ISSUE 6, Pe350–e361, December 01, 2013 ([https://www.thelancet.com/journals/langlo/article/PIIS2214-109X\(13\)70101-3/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/langlo/article/PIIS2214-109X(13)70101-3/fulltext), abgerufen am 29.08.19). Siehe auch <https://www.who.int/ceh/risks/ewaste/en/>
36. vgl. <https://ourworldindata.org/co2-and-other-greenhouse-gas-emissions>
37. <https://www.mcc-berlin.net/forschung/co2-budget.html>
38. vgl. Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz: Integrierte Thüringer Energie- und Klimaschutzstrategie (https://klimastrategie-thueringen.de/ieks/de/home/file/fileId/128/name/IEKS_Abschlussbericht%204.0.pdf, abgerufen am 29.08.19)
39. IPCC special report: Global warming of 1.5°C, 2019 (https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/06/SR15_Full_Report_High_Res.pdf, abgerufen am 29.08.19)
40. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.): Migrationsbericht 2006, Bonn, 2017
41. Von internationaler Migration spricht man dann, wenn dies über Staatsgrenzen hinweg geschieht.
42. Mecheril, Paul et al.: Migrationspädagogik, Weinheim und Basel: Beltz Verlag, 2010 [kursiv im Original]
43. Arndt, Susan (Hrsg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht: (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache, Münster: Unrast-Verl., S. 157
44. Migration und „Entwicklung“: Perspektiven einer migrationsgerechten Eine Welt-Arbeit – working paper des agl – Fachforums „Migration, Diaspora und Entwicklung“, Berlin: Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e. V., S. 5
45. Quelle UNHCR: <https://www.unhcr.org/dach/de/services/statistiken>
46. z.B.: Türkei (3,7 Mio.), Pakistan (1,4 Mio.), Uganda (1,2 Mio.), Sudan (1,1 Mio.), Libanon (0,9 Mio.), Iran (0,9 Mio.), Jordanien (0,7 Mio.), Tschad (0,6 Mio.) Guatemala (0,1 Mio.), Quelle: UNHCR, Stand 2018
47. Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (Hrsg.): Das Thüringer Integrationskonzept – für ein gutes Miteinander, Erfurt, 2017, S. 8
48. www.un.org/depts/german/migration/A.CONF.231.3.pdf



WAHLGLOKAL-EWNT.ORG



#WAHLGLOKAL